

**Peter Eisel**

**22.02.2018**

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Ostbevern

\* \* \* \* \*

## **Haushalt 2018**

\* \* \* \* \*

**Rede anlässlich der Verabschiedung des Haushaltes der Gemeinde**

**Ostbevern für das Jahr 2018**

- Es gilt das gesprochene Wort –



Begrüßung: BM, Rat, Presse, Bürger, MA der Verwaltung

Haushalt unter bereits seit Jahren bekannten Vorzeichen: Die Zahlen aus den Vorjahren mussten nur geringfügig korrigiert werden:

<b>Jahr</b>	<b>Jahresergebnis</b>	<b>Verzehr der Allgemeinen Rücklage</b>
2015	- 98.000 €	
2016	- 400.000€	
2017	-1.400.000 €	
2018	-1.652.100 €	
2019	-2.150.800 €	
2020	- 678.200 €	

Wie auch der BM mehrmals betont hat, kann die sich Gemeinde aus eigenen Kräften aus dieser „Falle“ Strukturelles Defizit nicht selbst befreien.

Die Aufgaben, die von Bund und Land auf die Kommunen übertragen werden, müssen erfüllt werden, werden aber bei weitem nicht immer mit den entsprechenden Finanzaufwendungen verbunden. Die Kosten bleiben bei uns!

Wir freuen uns über die neue Buchführung, die es den Mitgliedern des Rates erleichtert, die verschiedenen Positionen nachzuvollziehen und so besser die Steuerungsaufgabe auszufüllen. Dafür unseren Dank an den neuen Kämmerer. Gleichzeitig danken wir auch den anderen Mitarbeitern der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Wie in den letzten Jahren gab es zu den Zuschüssen an die Vereine und Institutionen zwischen den Fraktionen keine Meinungsverschiedenheiten. Die Arbeit der Vereine ist zu einem großen Teil für das Zusammenleben, den Zusammenhalt, das ganze soziale Zusammenstehen in Ostbevern verantwortlich. Dafür unser Dank an alle Vereinen mit den vielen Aktiven! Entsprechend wurde den Anträgen auf die Zuschüsse entsprechend unserer Richtlinien zugestimmt. Das betrifft sowohl die Arbeit der Kulturvereine als auch die unterschiedlichen Sportvereine, aber auch Musik- und Gesangsvereine und Schützenvereine.

Im Bereich der Kindergartenversorgung kommen zum ersten Mal seit Jahren die Auswirkungen der neuen Baugebiete auf unsere Infrastruktur auf uns zu: wir benötigen im KIGA/KITA – Bereich, auch für die unter 3 – Jährigen, zusätzliche Gruppen und müssen – wegen der Forderungen des Kreises – hier tätig werden und neue Gruppen planen. Dafür werden der Gemeinde mittelfristig zusätzliche Kosten entstehen!

Der Umbau der Verbund- in die Sekundarschule ist abgeschlossen und sichert die Schullandschaft Ostbeverns für die nächsten Jahre.

Das Kinder- und Jugendwerk leistet ebenfalls sehr gute Arbeit und endlich gibt es eine personelle Unterstützung durch eine Aufstockung auf eine 75 % - Stelle. Schön, dass wir uns nach Jahren endlich der von uns gewünschten 100 % - Stelle annähern.

Im Bereich der Asylbewerber enthielt der ursprünglich vorgelegte Entwurf hohe Investitionskosten für umfangreiche Umbau- und Reparaturarbeiten verschiedener Gebäude. Im Rahmen der Beratungen haben alle Fraktionen darauf verzichtet und wollen versuchen, die Unterbringung in zentralen Wohnheimen auf ein Minimum zu beschränken und stattdessen den Bau von preiswertem Mietwohnungsbau, auch für unsere neuen Mitbürger, voranzutreiben. Hierbei müssen wir aber, wie schon einmal auch vom Rat beschlossen, darauf achten, dass diese Mietwohnungen nicht alle in einem Bereich errichtet werden und so zu einer Gettoisierung führen.

Auch für die Aufgaben der Integration werden weiterhin viele Hände benötigt, und auch die Gemeinde wird ihre Anstrengungen verstärken müssen, da Wi(h)r alleine diese Aufgabe kaum wird stemmen können.

Im Bereich der Investitionen sind wir beim Breitbandausbau im Gemeindebereich und in Brock gut unterwegs. Im Außenbereich ist – gerechnet nach dem Abrufen der Zuschüsse – die Nachfrage noch nicht gedeckt. Hier sollten wir nachdenken, welche Möglichkeiten der Gemeinde noch offen stehen. (nachdem die Deutsche Glasfaser ursprünglich ja den Zuschlag erhalten hatte, weil sie die ganze Gemeinde versorgen wollte).

Die Renovierung der Wirtschaftswege sollen zusammen mit den Landwirten im Rahmen

eines Wirtschaftswegeverbandes endlich in Angriff genommen werden. Wir hoffen, dass zu dieser Realisation so viel Zeit ins Land zieht, wie seit den ersten Gesprächen über den Wirtschaftswegeverband mit den Landwirten nach dem ersten Verband dieser Art in Metelen (damals hofften wir auf maximal 2 Jahre, die allerdings seit Jahren vorbei sind).

Viel Zeit wird auch ins Land ziehen nach dem Beschluss für ein Dorfentwicklungskonzept Brock, bis wir die endgültigen Entscheidungen zur Unterbringung der Feuerwehr und der Malteser in Brock treffen können, bis wir wissen, was mit „Weiligmann“ und der alten Schule Brock passiert. Oder treffen wir diese Entscheidungen ohne das Konzept? Und was soll dann das Konzept noch bewirken?

Über die Umsetzung eines weiteren Konzepts müssen wir langsam noch diskutieren bezüglich der Zukunft des Beverbads. Wollen wir die uns vorgestellten Vorschläge wirklich? Nachdem uns der Verfasser in einem Workshop gesagt hat, wir müssten entscheiden zwischen einem finanziell einfach zu tragenden Bad und der Möglichkeit zur Nutzung auch für Jugendliche, die sich dadurch nicht auf der Straße oder irgendwelchen Plätzen aufhalten müssten?

Weitere Konzepte gibt es für die Hauptstr: für die Neubauten und für die Gestaltung der Straße und der Plätze.

Bei der Straßen- und Platzgestaltung haben sich viele Bürger beteiligt und ihre Ideen und Vorstellungen eingebracht, dann kamen andere Planungen und Konzepte, die Pläne liegen auf Eis.

Die Planvorstellungen für die Neubauten waren ja mehrheitlich alternativlos, lassen wir uns abwarten, was dabei am Ende herauskommt.

Ein ähnliches Ergebnis hatten die Abstimmungen für den Rathausneubau.

Die Mehrheit fand die Idee über die Art von Planungs- und Bauvergabe alternativlos.

Die Folgen: der noch den Initiatorinnen des Bürgerbegehrens gegen die ersten Pläne genannten Kosten haben sich inzwischen fast verdoppelt. Dumm nur, dass die Kosten, die wir alle auf den Abstimmzetteln gelesen haben, aus der Verwaltung kamen. Wollen wir in Ostbevern den Preissteigerungsraten von Stuttgart 21 und dem Flughafen Berlin Konkurrenz machen? Aber unsere Einflussmöglichkeiten auf Änderungen gehen gegen Null: das verfahren lässt Einflussnahme und Entscheidungsänderungen nicht mehr zu. Wir sind sicher, Ostbevern wird ein schönes Rathaus erhalten. Aber wollen wir das: zu diesen Bedingungen,

zu diesem Preis? Wir sagen mehrheitlich nein dazu. Wir möchten nicht nachher in Anlehnung an die Elbphilharmonie sagen: schönes Gebäude, aber für uns viel zu teuer und aufwendig!

Zu den kleinen Summen, über die in den Ausschüssen diskutiert wurde, wollten wir eigentlich gar nicht Stellung nehmen. Aber in einem Fall machen wir es jetzt doch. Die Diskussion über den Einsatz von Glyphosat durch die Gemeinde. Die finanzielle Auswirkung ist minimal. Dass allerdings die drei anderen Fraktionen unisono die Nutzung weiterhin für bestimmte Zwecke zulassen wollten mit der Begründung, das sei einfacher, arbeitssparender, kostensparender erweckte bei uns Unverständnis. Dass der Einsatz auch schon in der Vergangenheit nur in geringem Maße vorkam, nur von Menschen mit entsprechender Fachkenntnis vorgenommen wurde: unbestritten. Aber die Begründung, einen die Umwelt und die Menschen gefährdenden Stoff zugunsten unseres Wohlergehens, unseres Luxus weiter zuzulassen: unverständlich. Wenn wir diese Begründung auch auf andere Umweltprobleme anwenden, kommt nämlich heraus, im Verhältnis zu unserem Wohlergehen ist die Umwelt zweitrangig, lässt eine wirksame Umweltpolitik nur noch eingeschränkt zu. Sie werden verstehen, dass wir solche Probleme in Ostbevern auch weiterhin kritisch betrachten und, wenn es für uns sinnvoll erscheint, auch weiterhin öffentlich machen.

Zum Abschluss:

Die Gemeinde Ostbevern überlebt finanziell selbstständig nur durch die Vermarktung neuer Baugebiete. Nicht nur für 2018, auch für die Folgejahre. Wir geben dem Landrat nur ungern Recht. Aber bereits in der Genehmigung hat er auf das Finanzierungsrisiko der Gemeinde hingewiesen, wenn wir weiter darauf - im wahrsten Sinne des Wortes - bauen. Solide finanziert ist etwas anderes: wir werden diesen Haushaltsentwurf ablehnen.